



Citizen Assembly: «Zukunft der Demokratie»

Werkstattbericht und Ergebnisse einer im Rahmen des
«Demokratie Labor Basel» durchgeführten Bürger:innen-
Versammlung

Jan Fivaz, Annique Lombard und Daniel Schwarz

Mai 2024

Berner Fachhochschule
Wirtschaft
Public Sector Transformation

Executive Summary

Ausgangslage

Im Rahmen der vorliegenden Studie des «Demokratie Labor Basel» wurde mit der *Citizen Assembly* (CA; “Bürger:innen-Versammlung”) ein weiterer Ansatz der partizipativen Demokratie durchgeführt und getestet. Bei diesem Instrument wird von einem per Zufallsentscheid aus der Bevölkerung rekrutierten Panel ein klar definiertes Thema vertieft diskutiert. Auch werden bereits Reform- und Lösungsansätze oder sogar konkrete Handlungsvorschläge zuhanden der Politik entwickelt. Im Ausland werden CAs schon seit längerem eingesetzt, um Meinungen und Ideen aus der Bevölkerung verstärkt in die Politik einzubringen. Dabei unterscheiden sich die verschiedenen CAs sehr stark bezüglich ihrer formalen Ausgestaltung (z.B. Kompetenzen der Bürger:innen-Versammlung oder Verbindlichkeit ihrer Beschlüsse), ihres thematischen Fokus, ihres Umfangs, ob sie online oder offline durchgeführt werden oder auch bezüglich der Grösse des eingesetzten Panels.

In der vorliegenden Studie wurde der Bürger:innen-Versammlung das Thema “Zukunft der Demokratie” zugewiesen. Die 25-30 teilnehmenden Bürger:innen, die aus dem Teilnehmenden-Sample¹ des «Demokratie Labor Basel» rekrutiert worden sind, sollten Probleme der Demokratie sowohl im Kanton Basel-Stadt, als auch bezogen auf die gesamte Schweiz diskutieren und zudem mögliche Reformansätze entwickeln. Es wurde bewusst ein sehr schlankes Format gewählt. So wurden für die Bürger:innen-Versammlung lediglich zwei physische Sitzungstage (je sechs Stunden inkl. Pausen) eingeplant. Zudem wurde im Vorfeld des ersten Sitzungstags bereits über die Online-Plattform ([BePart](#))² eine Ideensammlung zum Thema unter allen rund 2'700 Teilnehmenden des Samples des Demokratie Labors durchgeführt. Die so gesammelten Ideen wurden als Input den Teilnehmenden der Bürger:innen-Versammlung zur Verfügung gestellt. An den beiden Sitzungstagen wurden durch externe Experten zusätzliche Inputs eingebracht. In mehreren Stufen wurden danach diese Vorschläge mit eigenen Vorschlägen der Bürger:innen-Versammlung ergänzt, diskutiert, analysiert, teilweise auch bereits etwas detaillierter ausformuliert und priorisiert. Eine Auswahl der vielversprechendsten Vorschläge wird am 22. Mai 2024 an einem weiteren Anlass gemeinsam mit Politiker:innen aus Basel diskutiert.

Ergebnisse

Mit dem Projekt konnte ein Forum für Diskussionen zur Verfügung gestellt werden, in dem sich Bürger:innen direkt mit eigenen Ideen einbringen konnten, wie die Demokratie in Basel und in der Schweiz gestärkt und modernisiert werden könnte. Das gekürzte Verfahren mit nur zwei Sitzungstagen hat gezeigt, dass man zwar zu einer Priorisierung selbst einer relativ grossen Zahl an verschiedenen Vorschläge kommen kann, dass eine darüberhinausgehende vertiefte Erarbeitung von konkreten Vorschlägen deutlich mehr Zeit bedurft hätte. Dennoch konnte eine interessante Liste an Vorschlägen (vgl. Tabelle 4.1) erarbeitet werden und das Instrument einer partizipativen Bürger:innen-Versammlung hat die teilnehmenden Bürger:innen offenbar so sehr überzeugt, dass sie mit grosser Mehrheit dem Kanton Basel-Stadt empfehlen, ein solches Instrument auf Probe einzuführen.

Fazit mit Blick auf die Durchführung partizipativer Anlässe

Das Projekt zielte in erster Linie darauf ab, Erfahrungen mit der Durchführung von partizipativen Anlässe zu sammeln. Die Resultate dazu fallen gemischt aus. Zum einen war der Output angesichts der knappen zur Verfügung stehenden Zeit beachtlich, auch die Qualität der Debatten war sehr gut (zivilisiert, sachlich, zielgerichtet und konstruktiv) und die Motivation der Teilnehmenden an den Sitzungstagen sehr hoch. Zum anderen hat es sich als eher schwierig erwiesen, genügend interessierte Personen zu rekrutieren (nur 1,3% aller eingeladenen Personen hatten sich gemeldet, obwohl für die Beteiligung an beiden Tagen eine Entschädigung von 200 CHF in Aussicht gestellt wurde). Somit entstand auch das Problem, dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermassen repräsentiert waren (z.B. die jüngeren Generationen waren klar untervertreten). Zudem lässt sich aus den Antworten einer Feedback-Umfrage schliessen, dass es schwierig sein könnte, die Bürger:innen zu einer Teilnahme

¹ Das Sample des «Demokratie Labor Basel» besteht aus ca. 2'700 Bürger:innen, die sich grundsätzlich bereiterklärt haben, an Umfragen und Experimenten des Projektes teilzunehmen.

² Die Plattform mit den eingebrachten Vorschlägen einsehbar unter: <https://bepart.smartvote.ch/demlab/>

an längeren und anspruchsvolleren Veranstaltungen zu motivieren (z.B. wie im Ausland mit bis zu 20 Sitzungstagen und «Hausarbeiten» in Form von Lese- und Informationsmaterial als Vorbereitung für kommende Sitzungen).

Da es sich aber nur um ein wissenschaftliches Experiment gehandelt hat, ist es schwierig abzuschätzen, ob sich die Motivation, Zeit und Arbeit zu investieren, bei einer Bürger:innen-Versammlung, die einen konkreten Auftrag von der Politik erhalten hat und deren Empfehlungen wiederum eine gewisse Verbindlichkeit für die Politik hätten, nicht deutlich höher ausfallen würde. Insgesamt wurde die durchgeführte Bürger:innen-Versammlung von den Teilnehmenden als sehr gut beurteilt. So gut, dass sie sie – wie bereits erwähnt – dem Kanton Basel-Stadt zur Einführung auf Probe empfehlen.

Das «Demokratie Labor Basel» ist ein Projekt des gleichnamigen Vereins (www.demokratielabor.ch), das in rund zehn Teilprojekten demokratische Reformansätze verfolgt und in Pilotstudien gemeinsam mit der Bevölkerung testet. Die Durchführung der wissenschaftlichen Arbeiten obliegt dem Institut Public Sector Transformation (IPST) am Departement Wirtschaft der Berner Fachhochschule (BFH) (www.bfh.ch/ipst).

Finanziert wird das «Demokratie Labor Basel» von der Stiftung Mercator Schweiz und der Raiffeisen Jubiläumsstiftung. Die Bürger:innen-Versammlung zur Zukunft der Demokratie wurde zusätzlich von der Christoph Merian Stiftung unterstützt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Werkstattbericht zur Bürger:innen-Versammlung	2
2.1	Ziel und Ablauf der Bürger:innen-Versammlung	2
2.2	Rekrutierung der Teilnehmenden	2
2.3	Die Sammlung von Vorschlägen mit einer Online-Plattform (BePart)	2
2.4	Die Durchführung der ersten Präsenzveranstaltung	4
2.5	Priorisierung der Vorschläge zwischen den Sitzungstagen	7
2.6	Die Durchführung der zweiten Präsenzveranstaltung	8
2.7	Diskussion mit Politiker:innen am 22. Mai 2024	9
3	Beurteilung der Bürger:innen-Versammlung	10
4	Die Ergebnisse der Bürger:innen-Versammlung	12
4.1	Liste der Massnahmenvorschläge	12
4.2	Empfehlungen zu den vier vertieft diskutierten Themen	14
5	Fazit	16
6	Literaturverzeichnis	18

1 Einleitung

Zwar werden auch in der Schweiz seit einiger Zeit immer öfter Instrumente der partizipativen Demokratie ausprobiert. Im Vergleich zum Ausland hinkt die Schweiz der Entwicklung der letzten Jahre dennoch hinterher. In zahlreichen europäischen Ländern erfreuen sich partizipative Bürger:innen-Räte oder -Versammlungen zunehmender Beliebtheit, um die Bevölkerung stärker in die politischen Debatten und die Ausgestaltung konkreter Massnahmen einzubeziehen. Immer wieder ist sogar von einer eigentlichen Welle der partizipativen Demokratie, die viele Länder erfasst habe, die Rede (OECD 2020).³ Zudem ist man im Ausland in vielen Fällen über das Teststadium bereits hinausgekommen und hat solche neuen Formen der Bürgerbeteiligung⁴ als Ergänzung der bestehenden demokratischen Strukturen fest eingeführt.

Die partizipative Demokratie kann viele unterschiedliche Formen annehmen. Dazu gehören partizipative Budgets, bei denen Bürger:innen bestimmen können, wie (zumeist auf lokaler Ebene) ein Teil des öffentlichen Haushalts verwendet werden soll, oder ständige Bürgerräte, die wie eine zweite Parlamentskammer funktionieren (vgl. Wäspi et al. 2023). Die häufigste Form ist jedoch eine thematisch fokussierte Bürger:innen-Versammlung («Citizen Assembly»; CA), in der per Losverfahren ausgewählte Bürger:innen ein bestimmtes Thema diskutieren und Lösungen entwickeln, die anschliessend in der Regel als einfache Empfehlungen, ab und zu aber auch als verbindliche Vorlagen in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht werden.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des «Demokratie Labor Basel» bereits 2023 mit dem «Panel Citoyen» (Bürger:innen-Panel) eine erste spezielle Form der Bürger:innen-Versammlung ausprobiert (vgl. Fivaz et al. 2024). Beim Panel Citoyen sollte eine Gruppe von gut 15 Bürger:innen Informationen sowie Pro- und Contra-Argumente zur Volksabstimmung über das Klimagesetz vom Juni 2023 erarbeiten. Die Erfahrungen mit der Durchführung sowie die positiven Ergebnisse dieses ersten Testlaufs haben sich für die Organisation des zweiten partizipativen Experiments – die etwas grösser angelegte Bürger:innen-Versammlung zum Thema «Zukunft der Demokratie» – als sehr wertvoll und motivierend erwiesen.

In diesem vorliegenden (Werkstatt-)Bericht werden zunächst die Organisation und Durchführung der Bürger:innen-Versammlung (Abschnitt 2) sowie eine kurze Evaluation der Durchführung (Abschnitt 3) präsentiert. Im abschliessenden Abschnitt 4 werden die im Rahmen der Bürger:innen-Versammlung eingebrachten und diskutierten Reformvorschläge aufgeführt.

³ Die neuen Formen der partizipativen Demokratie, bei denen sich die Bürger:innen jenseits von Wahlen oder Abstimmungen selbst und ohne Beteiligung der sonstigen politischen Akteure wie z.B. Parteien oder Verbände in politische Prozesse und Entscheidungen einbringen können, werden in der Politikwissenschaft oft als «deliberative Demokratie» bezeichnet. In diesem Bericht wird hingegen der im deutschen Sprachraum gängigere Begriff der «partizipativen Demokratie» verwendet.

⁴ In diesem Bericht wird, wenn Bürgerinnen und Bürgern erwähnt werden, eine geschlechterneutrale Schreibweise («Bürger:innen») verwendet, während bei kombinierten Begriffen weiterhin die männliche Schreibweise verwendet wird (z.B. «Bürgerrat», «Bürgerbrief» oder «Bürgerbeteiligung»).

2 Werkstattbericht zur Bürger:innen-Versammlung

2.1 Ziel und Ablauf der Bürger:innen-Versammlung

Das Ziel der Bürger:innen-Versammlung war es, mit einer Gruppe von Einwohner:innen des Kantons Basel-Stadt – mit oder ohne Schweizer Nationalität – an zwei Tagen gemeinsam zu erörtern, wie die Demokratie in Basel und auch auf gesamtschweizerischer Ebene in spezifischen Bereichen verbessert und ganz generell gestärkt werden könnte. Der thematische Fokus bzw. Auftrag an die Bürger:innen-Versammlung war mit «Zukunft der Demokratie» bewusst sehr offen gehalten worden. Es wurden auch keine Vorgaben bezüglich der erwarteten Ergebnisse gemacht. So war es grundsätzlich der Versammlungsteilnehmenden überlassen, wie viele und welche Vorschläge sie formulieren wollten und wie detailliert diese Vorschläge ausgearbeitet würden. Während der Durchführung mussten durch das Moderationsteam zwar einzelne ablauftechnische Einschränkungen gesetzt werden (vgl. dazu die Abschnitte 2.3 bis 2.6), aber im Grunde lief der an die teilnehmenden Bürger:innen gestellte Auftrag auf die sehr offen formulierte Frage «Was würden Sie an unserer Demokratie ändern?» hinaus.

2.2 Rekrutierung der Teilnehmenden

Der Rekrutierungsprozess für die Teilnehmenden an der Bürger:innen-Versammlung begann am 18. Dezember 2023 mit einer Einladung an die rund 2'700 Basler:innen, die sich im Herbst 2022 für die Teilnahme an Projekten des «Demokratie Labor Basel» registriert hatten.⁵ Per E-Mail wurden sie über den geplanten Ablauf und den zeitlichen Umfang (zwei Tage) der Bürger:innen-Versammlung informiert. Zudem wurde explizit darauf verwiesen, dass auch Personen, die (noch) nicht stimmberechtigt sind oder sich nur wenig für Politik interessieren, zur Teilnahme eingeladen sind. Als zusätzlichen Anreiz sowie mit Blick auf den zeitlichen Aufwand wurde den Teilnehmenden eine Entschädigung von 100 CHF pro Tag – bei einer Teilnahme an beiden Tagen 200 CHF – sowie eine kostenlose Verpflegung über Mittag und in den Pausen versprochen.⁶

Nach Ablauf der Anmeldefrist am 31. Dezember 2023 hatten 37 Personen ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet. Die Teilnahmequote von 1,3 Prozent lag tiefer als bei vergleichbaren Projekten aus dem In- und Ausland, die jeweils Teilnahmequoten von ca. 5% erreichen. Die ursprünglich anvisierte Zielgrösse der Bürger:innen-Versammlung lag bei 30-40 Personen. Diese konnte somit knapp erreicht werden, allerdings bestand kein Spielraum für eine zusätzliche Auswahl unter den interessierten Personen, um eine bessere Repräsentativität der Gruppe (z.B. in Bezug auf jüngere Generationen) zu erreichen.

2.3 Die Sammlung von Vorschlägen mit einer Online-Plattform (BePart)

Im Vorfeld der Bürger:innen-Versammlung wurden ab dem 24. Januar 2024 sämtliche 2'700 Sample-Teilnehmenden eingeladen, bis 11. Februar 2024 auf der Online-Plattform «BePart» (<https://bepart.smartvote.ch/demlab>) ihre eigenen Ideen und Vorschläge zur Stärkung der Schweizer Demokratie einzugeben, die im Rahmen der Bürger:innen-Versammlung behandelt werden sollten. Die für die Bürger:innen-Versammlung eingerichtete Be-Part-Plattform war als öffentliche Webseite zugänglich. Direkt wurden zwar nur die Teilnehmenden aus dem Sample des «Demokratie Labor Basel»

⁵ Für die Rekrutierung des Sample des «Demokratie Labor Basel» wurden im Herbst 2022 40'000 per Zufallsprinzip ausgewählte Personen aus der Basler Bevölkerung (ab 16 Jahren) per Brief angeschrieben und zur Teilnahme an den Projekten des Demokratielabors eingeladen. Knapp 3'000 Personen hatten sich damals dazu bereit erklärt, von diesen waren Ende 2023 noch knapp 2'700 Teil des Sample.

⁶ Als zusätzliche Teilnahmebedingung galt, dass man an beiden Versammlungstagen anwesend sein sollte, was am Ende in den meisten Teilnehmenden auch tatsächlich eingehalten wurde.

zur Eingabe von Ideen aufgefordert, doch konnten auch von anderen Personen, die nicht Teil des Samples waren, Eingaben gemacht werden. Im Sinne einer breiten Themensammlung wurden diese ebenfalls berücksichtigt und in die allgemeine Liste der Massnahmenvorschläge aufgenommen.

Abbildung 2.1: BePart-Einträge (zufällig ausgewählt und angezeigt als Beispiele für die Bürger:innen-Vorschläge)



Auf der BePart-Plattform registrierten sich 97 Personen, um Eingaben vorzunehmen oder bereits gemachte Vorschläge zu kommentieren. Einige wenige Einträge mussten vom Moderationsteam abgelehnt werden, da sie sich nicht auf das vorgegebene Thema «Zukunft der Demokratie» bezogen haben. Zudem gab es einige inhaltlich nahezu identische oder zumindest sehr ähnliche Vorschläge, die das Moderationsteam jeweils zu einem Vorschlag zusammengeführt hat. Am Ende verblieben insgesamt 67 valable Themenvorschläge.

Einige Teilnehmende haben zwar mehrere Eingaben gemacht, aber es gab keine extremen Häufungen von «Super-Usern». Sprachlich wurden die Vorschläge nur leicht vom Moderationsteam überarbeitet (grammatikalische Korrekturen) und zeitnah (max. 24h) nach Eingabe online auf der Plattform publiziert. Die sichtbaren Beiträge konnten «geliked» werden (anklicken eines Herzsymbols), was in 228

Fällen genutzt wurde. Zudem gingen zu den publizierten Vorschlägen auch 49 Kommentare ein, die nach Durchsicht durch das Moderationsteam ebenfalls publiziert wurden.

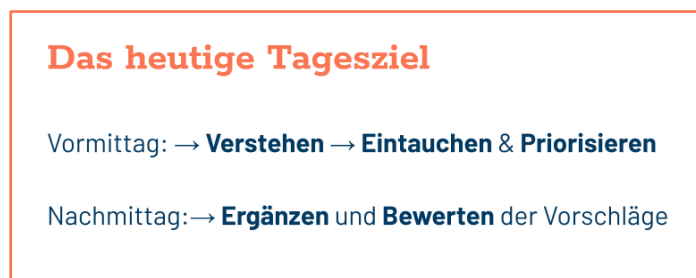
2.4 Die Durchführung der ersten Präsenzveranstaltung

Der erste Sitzungstag der Bürger:innen-Versammlung fand am Samstag, 16. März 2024 in der Basler Markthalle von 9.00 bis 15.00 Uhr statt. Zuvor erhielten die 37 registrierten Teilnehmenden am 5. und 13. März per E-Mail erste Vorabinformationen sowie auch die 67 über die BePart-Plattform eingegangenen Vorschläge zugestellt.

Von den 37 angemeldeten Teilnehmenden meldeten sich fünf kurzfristig ab und weitere fünf erschienen nicht, so dass der erste Sitzungstag mit 27 Teilnehmenden durchgeführt wurde.

Am ersten Tag der Bürger:innen-Versammlung stellte zunächst das Projektteam – bestehend aus Mitarbeitenden der Berner Fachhochschule BFH und des «Demokratie Labor Basel» – sich und das Projekt vor und präsentierte den Ablauf sowie die Zielsetzungen der beiden Sitzungstage. Das Ziel des ersten Tages kann mit «**Verstehen, Eintauchen, Ergänzen**» umschrieben werden. Neben dem Verständnis und der Erarbeitung von Grundlagen ging es auch darum, erste thematische Priorisierungen vorzunehmen.

Abbildung 2.2: Tagesziel des ersten Tages der Bürger:innen-Versammlung



Dazu präsentierte aus dem Projektteam Daniel Schwarz einzelne Resultate aus dem “V-Dem Democracy Report 2024” (Nord et al. 2024), um den aktuellen Stand der Demokratie in der Schweiz international vergleichend einzuordnen. Als weitere Inputs zum «**Eintauchen**» in die Thematik folgte je ein Beitrag der Gastreferenten Prof. Dr. Sean Müller (Universität Lausanne) und Prof. Dr. Marc Bühlmann (Universität Bern), die auf einzelne Aspekte der Schweizer Demokratie eingingen und auch eigene Reformvorschläge einbrachten und zur Diskussion stellten.

Der Beitrag von Sean Müller mit dem Titel «Anders abstimmen, besser abstimmen – mehr abstimmen?» stellte den aktuelle Abstimmungsprozess in der Schweiz vor (Stimmzettel Ja/Nein) und präsentierte alternative Ansätze einer differenzierteren Stimmabgabe wie beispielsweise eine Gewichtung der «Intensität» der eigenen Stimme oder der Möglichkeit, Begründungen zur Stimmabgabe hinzuzufügen.⁷ In einem provokativen Ansatz schlug er zudem vor, Stimmabgaben öffentlich zu machen (analog zu den Landsgemeinden oder Gemeindeversammlungen).

Marc Bühlmann widmete sich in seinem Beitrag unter dem Titel «Wer soll entscheiden? Oder Demokratie und Inklusion» der Frage, wie man die politischen Rechte ausweiten könnte. Dabei ging es nicht nur um das Ausländerstimmrecht oder das Stimmrecht für Jugendliche, sondern auch darum, wie man zukünftige Generationen, Kinder oder auch die Natur oder Tiere in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen könnte.

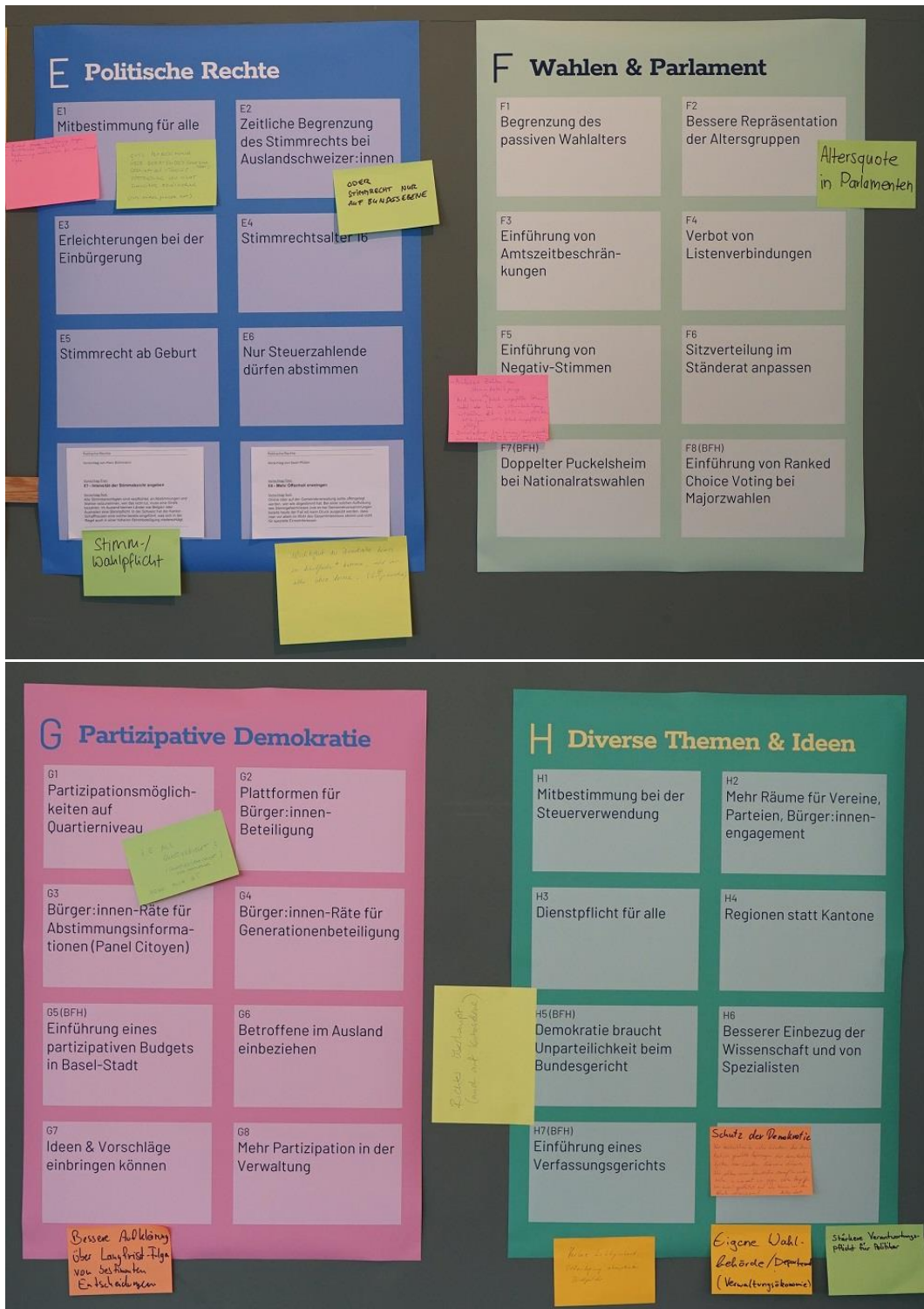
⁷ Dieser Gedanke wurde im Rahmen des „Demokratie Labor Basel“ bereits vom Teilprojekt „Fuzzy Voting“ teilweise aufgenommen (vgl. Schwarz/Fivaz 2023).

Die Teilnehmenden der Bürger:innen-Versammlung konnten jederzeit Fragen stellen. Zudem waren immer wieder «Diskussionsslots» in die Präsentationen eingebaut worden. Beide Möglichkeiten wurden von den Teilnehmenden intensiv genutzt.

Im Anschluss an diesen Einführungsblock erhielten die Teilnehmenden 30 Minuten Zeit, um sich nochmals alle Massnahmenvorschläge aus der Online-Sammlung anzuschauen. Diese waren zuvor in acht Themenbereiche gegliedert worden. Jeder der acht Bereiche und die ihm zugewiesenen Vorschläge waren zudem auf Poster gedruckt und im Veranstaltungsraum aufgehängt worden. Die Teilnehmenden durften in dieser Phase darüber hinaus zusätzliche eigene Ideen auf Post-it-Zettelchen festhalten und diese dem jeweils passendsten Themenbereich anheften.

Abbildung 2.3: Zusätzliche Ideen und Vorschläge der Teilnehmenden als Post-it





Vor der Mittagspause erhielten alle Teilnehmenden jeweils fünf Sticker, die jeweils einer Stimme entsprachen, und wurden aufgefordert, mit diesen die für sie wichtigsten Themenbereiche zu markieren (dabei ging es um die übergeordneten Bereiche A-H gemäss obiger Abbildung, nicht um die Bewertung einzelner Vorschläge). Einem Themenbereich durften auch mehrere Stimmen gegeben werden. Auf diese Weise wurde eine erste Priorisierung vorgenommen. Die sechs Themen mit den meisten Stimmen wurden dann für eine vertiefte Diskussion in sechs Gruppen am Nachmittag des ersten Sitzungstages ausgewählt (vgl. Abbildung 2.4).

Abbildung 2.4: Ergebnis der Abstimmung über die Themenbereiche vom ersten Tag der Bürger:innen-Versammlung

Die Punkteverteilung

1. **D: Medien & politische Bildung (24)**
2. **E: Politische Rechte (24)**
3. **G: Partizipative Demokratie (22)**
4. **B: Digitale Demokratie (19)**
5. **F: Wahlen & Parlament (14)**
6. **C: Direkte Demokratie (14)**
7. A: Debatte & Kampagnen (11)
8. H: Diverse Themen & Ideen (7)

Nach der Mittagspause wurden die Teilnehmenden in sechs Gruppen zu 4-5 Personen und jeweils einem Mitglied des Moderationsteams für die (sehr zurückhaltende) Moderation und Protokollierung der Beschlüsse eingeteilt. Bei der Einteilung der Gruppen wurde auf eine möglichst diverse Zusammensetzung nach den Kriterien Geschlecht, Alter und politische Ausrichtung geachtet. Jeder Gruppe wurde einer der sechs Themenbereiche, die am Morgen am meisten Stimmen erhalten hatten, zufällig zugewiesen. Die zwei Themen mit den wenigsten Stimmen wurden weggelassen, weil zeitlich nicht alle Themen berücksichtigt werden konnten. Die Gruppen erhielten den Auftrag, die einzelnen Massnahmenvorschläge ihrer jeweiligen Themenbereiche zu diskutieren und diese näher zu umreissen, zu ergänzen. Zudem sollten sie jeweils angeben, ob sie den Vorschlag als relevant und im Rahmen des weiteren Prozesses als unterstützungswürdig erachteten. War dies nicht der Fall, konnte die Gruppe auch die Streichung eines Vorschlags beschliessen.


Wichtig an dieser Stelle ist, dass weder die «abgewählten» zwei Themenbereiche noch ein Beschluss zur Streichung eines konkreten Vorschlags in der Gruppendiskussion dazu führte, dass die betreffenden Themen und Vorschläge ganz eliminiert wurden. Sie wurden lediglich zurückgestellt, konnten aber auf Wunsch jederzeit auch wieder in die Diskussion aufgenommen werden.

2.5 Priorisierung der Vorschläge zwischen den Sitzungstagen

Am Ende des ersten Sitzungstages stand somit eine Liste von Vorschlägen zur Verfügung, die bei sechs von acht Themenbereichen bereits inhaltlich überarbeitet und konsolidiert worden waren. Die Teilnehmenden wurden nun gebeten, zwischen den beiden Sitzungstagen sämtliche Vorschläge (auch die der beiden «zurückgestellten» Bereiche) in einer Online-Umfrage zu bewerten (vgl. Abbildung 2.5). Dabei stand den Teilnehmenden die Beurteilung der Massnahmen durch die sechs Arbeitsgruppen des ersten Sitzungstages in einer 40-seitigen PDF-Datei als zusätzliche Entscheidungshilfe zur Verfügung. Zudem wurden die Teilnehmenden aufgefordert, diejenigen Vorschläge zu markieren, die sie persönlich interessierten und über die sie gerne im Rahmen des zweiten Sitzungstages sprechen würden.

Die Ergebnisse dieses Online-Votings werden im Abschnitt 4.2 aufgeführt.

Abbildung 2.5: Online-Bewertung der Massnahmenvorschläge zwischen den Versammlungen



Bürger:innen-Versammlung "Zukunft der Demokratie" - Online-Voting

Diese Umfrage verfolgt **zwei Ziele**:

1. Eine **Bewertung der einzelnen Reformvorschläge** durch die Teilnehmenden der Bürger:innen-Versammlung (Wichtigkeit der Vorschläge)
2. Die Teilnehmenden der Bürger:innen-Versammlung können ihr **Interesse an der Weiterbearbeitung der einzelnen Vorschläge** angeben. Dies fliesst in die Planung des zweiten Workshops vom 6. April 2024 ein.

In der Online-Umfrage sind nur die Nummern und Titel der einzelnen Vorschläge aufgeführt. Sollten Sie zu einzelnen Vorschlägen weitere Informationen (wie z.B. die in den Gruppendiskussionen vorgebrachten Argumente und Anmerkungen) benötigen, finden Sie [hier die vollständige Liste \(PDF-Dokument\)](#).

Als wie wichtig beurteilen Sie die folgenden Reformvorschläge/Themen im **Bereich "C - Direkte Demokratie"**?
Bei welchen Vorschlägen wären Sie daran interessiert, bei der Vertiefung am 6. April mitzuarbeiten?

Hinweis: Ob Sie einen konkreten Vorschlag ablehnen oder unterstützen, spielt dabei weniger eine Rolle. Es geht primär darum, als wie wichtig Sie die jeweils angesprochene Thematik beurteilen.

	Bedeutung auf einer Skala von unwichtig (1) bis wichtig (4)				Welche Bereiche würden Sie persönlich interessieren? Interesse an Mitarbeit
	1	2	3	4	
C1 - Einbezug der Initiativkomitees bei der Umsetzung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="checkbox"/>
C2 - Einführung eines Finanzreferendums	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="checkbox"/>
C3 - Jährliche Genehmigung des Budgets durch das Volk	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="checkbox"/>
C4 - Stärkere Regulierung von Initiativen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="checkbox"/>
C5 - Ständemehr abschaffen oder reformieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="checkbox"/>

2.6 Die Durchführung der zweiten Präsenzveranstaltung

Der zweite Sitzungstag fand am Samstag, 6. April 2024 erneut von 9.00 bis 15.00 Uhr statt. Dieses Mal wurde der Anlass im kHaus (ehemalige Kaserne) in Basel durchgeführt. Einige Tage zuvor hatten die Teilnehmenden wiederum vorbereitende Informationen sowie die Resultate des Online-Votings (vgl. Abschnitt 2.5) zugestellt erhalten. Wiederum meldeten sich einige Teilnehmende kurzfristig ab, es nahmen aber auch Personen teil, die am ersten Sitzungstag verhindert waren. Insgesamt nahmen am zweiten Sitzungstag erneut 27 Personen teil.

Zu Beginn wurden die Ergebnisse des Online-Votings durch das Moderationsteam präsentiert. Die Massnahmen, die am besten abgeschnitten hatten, konnten zu vier Themenbereichen zusammengefasst werden. Diese vier Themenbereiche sollten im Rahmen des zweiten Sitzungstages nochmals vertieft diskutiert werden (vgl. Abbildung 2.6).

Zunächst wurde jedoch auf Wunsch der Teilnehmenden in einer Präsentation von Daniel Schwarz aus dem Projektteam im Detail erklärt, wie die Demokratiequalität im «V-Dem-Index», der am ersten Sitzungstag vorgestellt worden war, erfasst wird.

Abbildung 2.6: Übersicht über die Online-Abstimmung über die favorisierten Vorschläge

Resultate Online-Abstimmung					
Themenblock	Vorschlag	wichtig	Mitarbeit	#	
D2	Medien & politische Bildung	Eine Demokratie muss eine unabhängige Presse haben	18	3	1
D3	Medien & politische Bildung	Direkte Demokratie bereits in der Schule	18	4	1
D4	Medien & politische Bildung	Medienkompetenz für fundierte Entscheide stärken	19	5	1
E1	Politische Rechte & Pflichten	Mitbestimmung für alle	15	6	2
E3	Politische Rechte & Pflichten	Erleichterungen bei der Einbürgerung	15	7	2
E7	Politische Rechte & Pflichten	Einführung einer allgemeinen Stimmpflicht	12	5	2
F2	Politische Rechte & Pflichten*	Bessere Repräsentation der Altersgruppen	13	4	2
H3	Politische Rechte & Pflichten*	Dienstpflicht für alle	13	3	2
B1	Digitale Demokratie	Transparenz und Informationsverpflichtung für staatliches Handeln	17	5	3
B2	Digitale Demokratie	Zugänglichkeit für alle gewährleisten	17	3	3
B3	Digitale Demokratie	Einführung von E-Voting	14	4	3
G1	Bürger:innen-Beteiligung	Partizipationsmöglichkeiten auf Quartierniveau	14	5	P
G4	Bürger:innen-Beteiligung	Bürger:innen-Räte für Generationenbeteiligung	9	4	P
G9	Bürger:innen-Beteiligung	Bürgerrat	14	7	P
H6	Bürger:innen-Beteiligung*	Besserer Einbezug der Wissenschaft und von Spezialisten	14	5	P

Als Experiment wurde der Themenbereich «Bürger:innen-Beteiligung» mit allen 27 Teilnehmenden gemeinsam im Plenum diskutiert. Als Input dazu wurde von Jan Fivaz aus dem Projektteam die irische Citizen Assembly im Detail vorgestellt.

Im Anschluss daran wurden die übrigen drei Bereiche jeweils in drei Gruppen à neun Teilnehmende plus ein Mitglied der Moderationsgruppe intensiv diskutiert. Die Moderator:innen hatten zu diesem Zweck thematische Inputs und Informationen vorbereitet, die sie vor und während der Tischdiskussion einbringen konnten, wann immer dies erforderlich war resp. von den Teilnehmenden gewünscht wurde.

Zum Abschluss der Bürger:innen-Versammlung wurden dann die Beschlüsse der drei Gruppen sowie die Ergebnisse aus der ersten Diskussion zu Citizen Assemblies nochmals im Plenum vorgestellt und diskutiert. Das Ziel war, dass am Ende alle Teilnehmenden über die wesentlichen Punkte aus allen Gruppen informiert sind und sich zu den formulierten Beschlüssen ein möglichst weitgehender Konsens bilden kann. Die Ergebnisse dieser Plenums- und Gruppendiskussionen sind im Abschnitt 4.1 aufgeführt.

Somit brachte die Bürger:innen-Versammlung als Ergebnis zum einen eine priorisierte Liste mit über 60 Massnahmenvorschlägen und zum anderen eine Reihe von etwas vertiefter diskutierten Massnahmen aus den oben aufgeführten Themenbereichen hervor (vgl. Abschnitt 4).

2.7 Diskussion mit Politiker:innen am 22. Mai 2024

Eine Auswahl der im Rahmen der Bürger:innen-Versammlung ausführlich diskutierten und festgehaltenen Massnahmenvorschläge stellt die Grundlage für die Inhalte dar, die am 22. Mai 2024 an einer öffentlichen Abendveranstaltung mit Politiker:innen diskutiert werden. Angekündigt wurde die Abendveranstaltung als «Open Mic Politik - Bürger:innen im Gespräch mit Politiker:innen», die auf einen möglichst interaktiven und direkten Austausch zwischen Politiker:innen und Bürger:innen ausgelegt ist. Die Veranstaltung wird breit angekündigt, Interessierte können sich im Vorfeld dafür kostenlos anmelden.

3 Beurteilung der Bürger:innen-Versammlung

Im Gegensatz zum Projekt «Panel Citoyen» wurde im Rahmen dieses Projekts keine gross angelegte quantitative Evaluation und Wirkungsanalyse durchgeführt. Beim vorliegenden Projekt ging es für das Projektteam vor allem darum, Erfahrungen mit dem partizipativen Ansatz der Bürger:innen-Versammlung zu sammeln und herauszufinden, wie die Ergebnisse und die Qualität der Diskussionen der Bürger:innen aussehen, wenn der inhaltliche Fokus deutlich breiter gefasst ist, als dies noch beim «Panel Citoyen»-Projekt der Fall war.

Das Projekt war mit nur zwei Sitzungstagen bewusst sehr schlank gehalten. Im Ausland ist es durchaus üblich, dass Bürger:innen-Versammlungen sich über 20 Sitzungstage (verteilt über bis zu 18 Monate) erstrecken. Im vorliegenden Projekt sollte hingegen getestet werden, wie weit man – etwas salopp formuliert – mit einem «Quick & Dirty»-Ansatz kommt.

Dennoch wurden die Teilnehmenden im Nachgang zur Bürger:innen-Versammlung gebeten, im Rahmen einer kurzen Online-Umfrage ein Feedback abzugeben. Da sich lediglich 16 Teilnehmende an der Umfrage beteiligt haben, wird auf eine tiefgreifende Datenanalyse verzichtet und stattdessen lediglich einige zentrale Aussagen in zusammengefasster Form wiedergegeben.

Es zeigt sich, dass die Zufriedenheit mit der Bürger:innen-Versammlung insgesamt sehr hoch war: 75 Prozent der Teilnehmenden waren «sehr zufrieden» und 25 Prozent waren «eher zufrieden». Offenbleiben muss an dieser Stelle, ob diejenigen, die unzufrieden waren, nicht an der Umfrage teilgenommen haben, oder ob wirklich alle Teilnehmenden mehrheitlich zufrieden waren.

Ebenfalls sehr gut bewertet wurden die organisatorischen Aspekte. Auf einer Skala von 1 bis 5, wobei 5 die beste Bewertung darstellte, bewerteten die Teilnehmenden die «Input-Referate» mit durchschnittlich 4,7 Punkten am besten. Die «Unterstützung durch das Helferteam» erzielte 4,5 Punkte. In Bezug auf die «Klarheit der Zielsetzung» vergaben die Teilnehmenden im Schnitt 4,3 Punkte. Im Vergleich dazu wurde die «Struktur der Bürger:innen-Versammlung» mit 4,1 Punkten etwas weniger gut beurteilt, während die Räumlichkeiten den tiefsten Durchschnittswert mit 4,0 Punkten erzielten (der aber immer noch als grundsätzlich positiv zu bewerten ist). Somit zeigt sich, dass es vor allem bezüglich der Infrastruktur/Räumlichkeiten und bei der Planung/Strukturierung der Sitzungstage noch Luft nach oben gibt und dass diese Aspekte bei zukünftigen ähnlichen Projekten besonders berücksichtigt werden sollten.

Wiederum anhand einer Skala von 1 bis 5 wurde auch die Zufriedenheit mit einzelnen Programmpunkten abgefragt. Dabei schnitt der erste Tag der Bürger:innen-Versammlung mit einer durchschnittlichen Bewertung von 4,4 Punkten deutlich besser ab als der zweite Versammlungstag, der nur eine durchschnittliche Bewertung von 3,6 Punkten erreichte. Ebenfalls sehr gut bewertet wurden die «Inputs der Experten am 1. Versammlungstag» mit 4,3 Punkten sowie das «Online-Voting zwischen den Versammlungen» mit 4,1 Punkten. Etwas schlechter schnitten hingegen die Inputs durch das Projektteam am zweiten Sitzungstag mit 3,9 Punkten ab.

Besonders wichtig ist, dass die Teilnehmenden sowohl das Moderationsteam ausnahmslos als politisch neutral beurteilt und auch die vom Moderationsteam erstellten Unterlagen als vertrauenswürdig befunden haben. Ebenfalls sehr positiv fiel die Beurteilung aus, inwiefern es dem Moderationsteam gelungen sei, die notwendige Unterstützung zur Erfüllung der gestellten Aufgaben zu erbringen.

Angesichts der – wie bereits erwähnt – sehr schlanken Struktur der Bürger:innenversammlung stellt die Beurteilung der zur Verfügung gestandenen Zeit ein zentrales Kriterium dar. Diesbezüglich waren sieben Personen der Meinung, die zur Verfügung gestandene Zeit habe ausgereicht, während sich acht Teilnehmende etwas mehr und eine Person deutlich mehr Zeit gewünscht hätten. Insofern kann aus diesen Antworten geschlossen werden, dass die zwei eingeplanten Sitzungstage von etwas mehr als die

Hälfte der Teilnehmenden als zu knapp empfunden wurde. Dieser Eindruck deckt sich zwar mit Einschätzungen des Projektteams, aber da immerhin auch knapp die Hälfte der Teilnehmenden die beiden Sitzungstage als ausreichend beurteilt hat, muss bei zukünftigen Formaten dennoch sehr sorgfältig abgewogen werden, wie stark ein solches Format verlängert werden kann.

In Bezug auf das bereitgestellte Informationsmaterial wurde der Umfang von neun Personen als «gerade richtig» eingestuft, vier Personen fanden es «eher zu wenig», je eine Person empfand es als «eher zu viel» und «klar zu viel». Während diesbezüglich die Meinungen relativ stark auseinander gingen, wurde hingegen das Informationsmaterial selbst einhellig als «sehr oder eher vertrauenswürdig» beurteilt – nur gerade eine Person wählte die Antwortoption «mittelmässig vertrauenswürdig». Auch auf die Frage hin, ob die Teilnehmenden es begrüsst hätten, zusätzliches Material zum Thema Demokratie im Voraus zugestellt zu bekommen, gehen die Meinungen nicht ganz unerwartet auseinander: Je fünf Personen antworteten mit «ja» und «eher ja», sechs Personen mit «eher nicht».

Ein weiterer zentraler Aspekt stellt die Beurteilung der Qualität der Debatten während der Bürger:innen-Versammlung dar. Grundsätzlich wurden die Diskussionen als «freundlich/zivilisiert» (4,3 von 5 möglichen Punkten) und insgesamt als wenig politisch polarisiert wahrgenommen. An sich immer noch positiv, aber im Vergleich zu den sehr guten Beurteilungswerten der Experten-Inputs und des Gesamturteils doch deutlich kritischer eingestuft wurde die Aussage, dass «generell gute Argumente in die Diskussion eingebracht» worden seien (4,1 Punkte), die Debatten konstruktiv waren (3,9 Punkte) und die Teilnehmenden genügend auf andere Meinungen eingegangen sind (3,9 Punkte). Dies schlägt sich auch in der Gesamtbeurteilung der Qualität der Debatten nieder, die im Durchschnitt lediglich 3,5 Punkte erhalten hat. Diese Kritik wurde auch in der offenen Frage zum Abschluss der Umfrage angesprochen:

- Teilweise hätten sich einige der Teilnehmenden etwas stärker eingreifende Moderator:innen gewünscht (vor allem auch bei den Plenumsdiskussionen), um die Diskussionen effizienter und zielgerichteter zu halten.
- Generell wurden die Diskussionen zwischen den Teilnehmenden im Plenum kritisch beurteilt (weniger die Diskussion mit Input-Referenten) und auch die Diskussion in den 10er-Gruppen des zweiten Sitzungstages wurden als weniger produktiv beurteilt als die Diskussionen in den kleineren Gruppen des ersten Sitzungstages.

Ein letzter Punkt, der kritisch angemerkt worden ist, bezieht sich auf die Zusammensetzung der Teilnehmenden der Bürger:innen-Versammlung. Rund die Hälfte der Antworten in der Feedback-Umfrage bemängelte, dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen ausreichend vertreten waren. Insbesondere wurde angemerkt, dass die jüngeren Generationen deutlich unter- und die älteren Generationen deutlich übervertreten waren.

4 Die Ergebnisse der Bürger:innen-Versammlung

4.1 Liste der Massnahmenvorschläge

Die Bürger:innen-Versammlung «Zukunft der Demokratie» folgte keinem klar definierten Auftrag, sondern basierte mit Absicht auf einer recht offenen Fragestellung, die mit «Was würden Sie an unserer Demokratie ändern?» umschrieben werden kann. Entsprechend vielfältig fällt auch die Liste der eingereichten Vorschläge aus. In der nachfolgenden Tabelle 4.1 sind sämtliche Vorschläge aufgeführt, die initial über die Online-Plattform oder von den Experten resp. von den Teilnehmenden selbst im Rahmen der zwei Sitzungstage eingebracht wurden. Es handelt sich dabei zugleich um die bearbeitete Liste, wie sie nach dem ersten Sitzungstag für das Online-Voting den Teilnehmenden zugestellt wurde.

Aus Platzgründen sind in der Tabelle 4.1 lediglich die Titel der Vorschläge aufgeführt. Aus diesen geht nicht immer eindeutig hervor, was sie genau beinhalten. Eine genauere Beschreibung der Vorschläge sowie allenfalls auch die Notizen zu den Diskussionen der Teilnehmenden der Bürger:innen-Versammlung finden sich in der separaten Vorschlagsliste, die diesem Bericht beiliegt. Die Gewichtung entspricht der Anzahl Stimmen im Online-Voting unter den Teilnehmenden der Bürger:innen-Versammlung, die einen Vorschlag als «wichtig» eingestuft haben.

Tabelle 4.1: Liste der Massnahmenvorschläge zur Stärkung der Demokratie in Basel und in der Schweiz

Nr.	Bereich	Massnahmenvorschlag	Gewichtung
D4	Medien & politische Bildung	Medienkompetenz für fundierte Entscheide stärken	19
D2	Medien & politische Bildung	Eine Demokratie muss eine unabhängige Presse haben	18
D3	Medien & politische Bildung	Direkte Demokratie bereits in der Schule	18
B1	Digitale Demokratie	Transparenz und Informationsverpflichtung für staatliches Handeln	17
B2	Digitale Demokratie	Zugänglichkeit für alle gewährleisten	17
E1	Politische Rechte	Mitbestimmung für alle	15
E3	Politische Rechte	Erleichterungen bei der Einbürgerung	15
B3	Digitale Demokratie	Einführung von E-Voting	14
C10	Direkte Demokratie	Konkretere Ausarbeitung von Initiativen	14
G1	Partizipative Demokratie / Bürger:innen-Beteiligung	Partizipationsmöglichkeiten auf Quartierniveau	14
G9	Partizipative Demokratie / Bürger:innen-Beteiligung	Bürgerrat	14
H6	Diverse Themen & Ideen	Besserer Einbezug der Wissenschaft und von Spezialisten	14
F2	Wahlen & Parlament	Bessere Repräsentation der Altersgruppen	13
H3	Diverse Themen & Ideen	Dienstplicht für alle	13
H5	Diverse Themen & Ideen	Demokratie braucht Unparteilichkeit beim Bundesgericht	13
A4	Debatten & Kampagnen	Bekämpfung von Desinformation auf Social Media und digitalen Medien	12
B4	Digitale Demokratie	Einführung von E-Collecting	12
C5	Direkte Demokratie	Ständemehr abschaffen oder reformieren	12
C6	Direkte Demokratie	Höhere Unterschriftenzahlen bei Initiativen und Referenden	12
E7	Politische Rechte	Einführung einer allgemeinen Stimmpflicht	12
A1	Debatten & Kampagnen	Gleich lange Spiesse / Re-Aktivierung des Gedankens der Direkten Demokratie	11
C1	Direkte Demokratie	Einbezug der Initiativkomitees bei der Umsetzung	11
C8	Direkte Demokratie	Intensität der Stimmabsicht angeben	10
D5	Medien & politische Bildung	Kennenlernen des Regierungsbetriebes fördern	10
F3	Wahlen & Parlament	Einführung von Amtszeitbeschränkungen	10
F6	Wahlen & Parlament	Sitzverteilung im Ständerat anpassen	10

Nr.	Bereich	Massnahmenvorschlag	Gewichtung
F8	Wahlen & Parlament	Einführung von Ranked Choice Voting bei Majorzwahlen	10
G5	Partizipative Demokratie / Bürger:innen-Beteiligung	Einführung eines partizipativen Budgets in Basel-Stadt	10
H4	Diverse Themen & Ideen	Regionen statt Kantone	10
H7	Diverse Themen & Ideen	Einführung eines Verfassungsgerichts	10
A2	Debatten & Kampagnen	Echte Transparenz bei der Kampagnenfinanzierung	9
E4	Politische Rechte	Stimmrechtsalter 16	9
F4	Wahlen & Parlament	Verbot von Listenverbindungen	9
G4	Partizipative Demokratie / Bürger:innen-Beteiligung	Bürger:innen-Räte für Generationenbeteiligung	9
A3	Debatten & Kampagnen	Verleumdungen in Kampagnen bestrafen / Faire Kampagnen	8
A5	Debatten & Kampagnen	Bessere amtliche Abstimmungsinformationen / Abstimmungs-App	8
C4	Direkte Demokratie	Stärkere Regulierung von Initiativen	8
C7	Direkte Demokratie	Beweggründe angeben	8
D1	Medien & politische Bildung	Mehr Transparenz in Zeitungsartikeln	8
G7	Partizipative Demokratie / Bürger:innen-Beteiligung	Ideen & Vorschläge einbringen können	8
G8	Partizipative Demokratie / Bürger:innen-Beteiligung	Mehr Partizipation in der Verwaltung	8
F1	Wahlen & Parlament	Begrenzung des passiven Wahlalters	7
F7	Wahlen & Parlament	Doppelter Pukelsheim bei Nationalratswahlen	7
C9	Direkte Demokratie	Anderes Zählen bei der Stimmbeteiligung	6
E2	Politische Rechte	Zeitliche Begrenzung des Stimmrechts bei Auslandschweizer:innen	6
F5	Wahlen & Parlament	Einführung von Negativ-Stimmen	5
G2	Partizipative Demokratie / Bürger:innen-Beteiligung	Plattformen für Bürger:innen-Beteiligung	5
H2	Diverse Themen & Ideen	Mehr Räume für Vereine, Parteien, Bürgerengagement	5
E5	Politische Rechte	Stimmrecht ab Geburt	4
H1	Diverse Themen & Ideen	Mitbestimmung bei der Steuerverwendung	4
B5	Digitale Demokratie	Debatten-Foren	3
D6	Medien & politische Bildung	Animierte Filme zu den wichtigsten Themen	3
G6	Partizipative Demokratie / Bürger:innen-Beteiligung	Betroffene im Ausland einbeziehen	3
A6	Debatten & Kampagnen	Verbot von Umfragen vor Abstimmungen und Wahlen	2
C2	Direkte Demokratie	Einführung eines Finanzreferendums	2
C3	Direkte Demokratie	Jährliche Genehmigung des Budgets durch das Volk	2
D9	Medien & politische Bildung	Nationaltag	2
G3	Partizipative Demokratie / Bürger:innen-Beteiligung	Bürger:innen-Räte für Abstimmungsinformationen (Panel citoyen)	2
E6	Politische Rechte	Nur Steuerzahlende dürfen abstimmen	1
E8	Politische Rechte	Mehr Offenheit erzwingen	1
D7	Medien & politische Bildung	Diskussion am Arbeitsplatz	0
D8	Medien & politische Bildung	Briefkastenpaten	0

4.2 Empfehlungen zu den vier vertieft diskutierten Themen

Am zweiten Sitzungstag wurden vier Themenbereiche vertieft diskutiert – einer im Plenum und drei in jeweiligen Arbeitsgruppen (vgl. Abbildung 2.6). Die Ergebnisse dieser Diskussionen stellen ein weiteres Ergebnis der Bürger:innen-Versammlung dar.

Themenblock «Bürger:innen-Beteiligung»

Dieser Themenblock wurde während gut eineinhalb Stunden im Plenum diskutiert (inkl. eines Experten-Inputs zum Einstieg). Allerdings konnten in dieser Zeit lediglich zwei der vier Vorschläge des Blocks angesprochen werden.

G9 – Einführung eines Bürger:innen-Rates:

- Eine deutliche Mehrheit der Teilnehmenden sprach sich dafür aus, dass das Instrument eines Bürger:innen-Rates auf Probe in Basel eingeführt werden sollte.
- Die Zufallsauswahl der Teilnehmenden als Rekrutierungsverfahren wurde gutgeheissen, allerdings sollten aktive Politiker:innen von der Teilnahme ausgeschlossen werden. Nichtstimmberichtigte Personen (z.B. 16-18jährige oder Ausländer:innen) sollten hingegen teilnehmen dürfen.
- Weiter war man sich einig, dass ein solches Instrument zuerst auf lokaler/kantonalen Ebene und nicht auf der Bundesebene ausprobiert werden sollte.
- Schliesslich fand ebenfalls eine Mehrheit, dass die Beschlüsse eines Bürger:innen-Rates eine gewisse Verbindlichkeit für die Politik haben sollten. Wie genau diese Verbindlichkeit ausgestaltet sollte, blieb offen oder könnte auch von Fall zu Fall im Vorfeld der Organisation eines Bürger:innen-Rates festgelegt werden. Möglichkeiten wären mindestens eine Pflicht zur Kenntnis- und Stellungnahme durch die Regierung und/oder das Parlament bis hin dazu, dass die Vorschläge des Bürger:innen-Rates in unveränderter Form in einem Referendum dem Volk vorgelegt werden.
- Ebenfalls noch keine einheitliche Antwort konnte auf die Frage gefunden werden, wer einen solchen Bürger:innen-Rat einberufen kann (Bürger:innen-Rat als ständige Institution oder als ad-hoc einberufenes Gremium, das von der Regierung, dem Parlament oder allenfalls sogar durch eine Unterschriftensammlung vom Volk einberufen werden kann) und wer den Auftrag bzw. die Themensetzung festlegt.
- Generell einig war man sich hingegen wieder bei der Einschätzung, dass ein solcher Bürger:innen-Rat als Ergänzung und nicht als Ersatz der bisherigen politischen Institutionen dienen sollte.

G4 – Bürger:innen-Räte für den Einbezug zukünftiger Generationen

- Bei diesem Vorschlag konnte keine abschliessende Entscheidung getroffen werden. Grundsätzlich wurde zwar anerkannt, dass die Politik eine stärkere langfristige Perspektive benötigt und somit auch die Anliegen zukünftiger Generationen berücksichtigen soll. Wie dies jedoch zu bewerkstelligen wäre und ob ein Bürger:innen-Rat, der die Rechte dieser Generationen schützen soll, sinnvoll wäre, dazu konnte keine Lösung gefunden werden.
- So wurden oft sehr gegensätzliche Positionen vertreten (z.B. ob ältere Generationen von Entscheidungen, die sie schwergewichtig nicht mehr betreffen, ausgeschlossen werden sollten, oder ob gerade die Erfahrung der älteren Generationen besonders genutzt werden sollte). Auch darüber, wie weit in die Zukunft solche Überlegungen gehen sollen (30, 50 oder gar 100 Jahre?) bestand keine Einigkeit.

Arbeitsgruppe 1: Medien und politische Bildung

- Um die Unabhängigkeit und die Qualität der Medien zu verbessern, sollten nur Medien vom Staat unterstützt werden, die strenge journalistische Qualitätskriterien in vollem Umfang erfüllen. Eine unabhängige, nicht-staatliche Stelle sollte dies regelmässig prüfen. Dies sollte auch für gebührenfinanzierte Medien gelten.

- Es sollte vermehrt in die Förderung der Medienkompetenz – insbesondere auch der Altersgruppen, die nicht mehr in die Schule gehen – investiert werden.
- Es soll in der Volksschule mehr Platz für Demokratiebildung geschaffen und auch früher mit ihr begonnen werden (als Pflichtfach). Grundlage für mündige Bürger:innen (bzw. Schüler:innen) ist zwar einerseits das Wissen, aber die Demokratie soll auch an realen Ereignissen erfahrbar gemacht werden. So sollten bestimmte Entscheidungen in der Schule bereits demokratisch getroffen werden, um die Schüler:innen frühzeitig mit der Demokratie in der Praxis vertraut zu machen.

Arbeitsgruppe 2: Politische Rechte

- Eine sehr deutliche Mehrheit sprach sich dafür aus, Einbürgerungen zu erleichtern und national zu vereinheitlichen (einheitliche Gebühren und z.B. weniger als 10 Jahre Wohndauer in der Schweiz sollten reichen, zusätzliche Vorschriften zur Wohndauer in der Gemeinde oder dem Kanton sollten abgeschafft werden).
- Einstimmig wurde die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht befürwortet. Dazu sollte nicht nur der Militärdienst, sondern auch der Zivildienst, ein «Sozialjahr» oder andere Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft («Service citoyen») gezählt werden. Die Dienstpflicht sollte grundsätzlich für alle ständigen Einwohner:innen ab 18 Jahren gelten. Noch offen blieb, inwiefern dies auch für Ausländer:innen (und falls ja, für welche Kategorien und in welcher Form) gelten sollte.
- Abgelehnt wurde hingegen der Vorschlag der Einführung einer allgemeinen Stimmpflicht.
- Sehr deutlich abgelehnt wurde ebenfalls der konkrete Vorschlag, dass bei Wahlen das Durchschnittsalter der Kandidierenden einer Liste in Bandbreiten dem Durchschnittsalter der Bevölkerung entsprechen sollte, um so eine bessere Altersrepräsentation in der Politik zu erreichen.

Arbeitsgruppe 3: Digitale Demokratie:

- Sowohl die Einführung einer E-Voting- als auch einer E-Collecting-Plattform wurde mehrheitlich (relativ knapp) befürwortet. Konsens bestand jedoch darin, dass analoge Wahl- und Beteiligungsformen in ihrer heutigen Form beibehalten und auch nicht bewusst unattraktiver gemacht werden sollten. Zudem waren sich alle einig, dass E-Voting und E-Collecting vom Staat und nicht von Unternehmen angeboten werden sollten (analog der geplanten Lösung bei der E-ID).
- Eine Mehrheit befand auch, dass die Unterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden bei einer Einführung des E-Collectings erhöht und in Zukunft als Prozentwert der Stimmberechtigten und nicht in absoluten Zahlen festgelegt werden sollten.
- Generell sollten keine «Digital Only»-Ansätze verfolgt werden. Analoge Kanäle/Systeme sollten zumindest als Backup beibehalten werden.
- Eine offene Diskussion war, ob man zur stärkeren Förderung der Digitalisierung vermehrt auf «Digital First»-Ansätze setzen soll. In diesem Rahmen wurde z.B. auch diskutiert, ob beim E-Voting nicht auch die Möglichkeiten des Internets voll ausgeschöpft werden sollte (z.B. durch den Einbau von Links zu den Webseiten der Kandidierenden etc.).
- Als weitere Massnahmen wurde jedoch empfohlen, generell viel mehr Informationen aus Politik und Verwaltung online zugänglich und auch attraktiv aufzuarbeiten (nicht einfach als PDF sondern allenfalls auch als Video) und dass auch die Barrierefreiheit der Informationen (z.B. Audio-Version des «Bundesbüchleins») verbessert werden sollte.

5 Fazit

Insgesamt kann bezüglich der durchgeführten Bürger:innen-Versammlung ein positives Fazit gezogen werden. Zum gesetzten Thema «Zukunft der Demokratie» gingen über 60 Vorschläge und Ideen ein und auch bei den Diskussionen an den beiden Sitzungstagen zeigten sich die Teilnehmenden motiviert und engagiert, was sich am Ende auch im generell positiven Feedback niederschlug. Dass die vielen Ideen nicht wirklich vertieft diskutiert und weiterentwickelt werden konnten, war mit Blick auf die sehr schlank gehaltene Struktur der Bürger:innen-Versammlung zu erwarten. Dennoch bieten die eingegangenen Ideen einige Ansatzpunkte für zukünftige Projekte zur Stärkung der Schweizer Demokratie – innerhalb des «Demokratie Labor Basel» und darüber hinaus.

Doch das eigentliche Experiment war die Bürger:innen-Versammlung selbst. Im Projekt ging es vor allem darum, Erfahrungen mit diesem – zumindest für die Schweiz – noch sehr neuen Instrument der partizipativen Demokratie zu sammeln. Diesbezüglich konnten einige interessante Einsichten gewonnen werden, die bei der Planung und Durchführung zukünftiger partizipativer Veranstaltungen von Nutzen sein können:

- **Online-Partizipation für die Ideensammlung:** Die im Vorfeld der Bürger:innen-Versammlung durchgeführte Online-Ideensammlung über die BePart-Plattform hat sehr gut funktioniert. Die relativ hohe Hürde, dass man sich mit seinem Klarnamen einloggen musste, hat zu einer guten Qualität der eingegangenen Ideen sowie dazu geführt, dass auch bei den Kommentaren kaum moderierend eingegriffen werden musste. Es hat sich aber auch gezeigt, dass trotz der vielen eingegebenen Ideen nur sehr zurückhaltend kommentiert und diskutiert wurde.
- **Rekrutierung der Teilnehmenden:** Es haben sich lediglich 1,3% der eingeladenen Personen bereit erklärt, an der Bürger:innen-Versammlung teilzunehmen. Dieser Wert liegt deutlich unter den Erfahrungswerten bei ähnlichen Projekten im Ausland. Dies mag teilweise daran liegen, dass es sich um ein wissenschaftliches Experiment und keine «echte» Bürger:innen-Versammlung, die von der Politik einen konkreten Auftrag erhalten hat, handelte. Andererseits wurden die Teilnehmenden aus einem Sample rekrutiert, in dessen Rahmen man sich vorgängig grundsätzlich für die Teilnahme an solchen Projekten bereiterklärt hat und dessen Mitglieder sicherlich zu den sehr an Politik interessierten und für solche Instrumente grundsätzlich offenen Bürger:innen gehören. Auch gelang es nicht, alle gesellschaftlichen und politischen Gruppen aus dem Sample des «Demokratie Labor Basel» in gleichem Umfang für eine Teilnahme zu gewinnen (z.B. waren die jüngeren Generationen deutlich untervertreten).
- **Umfang und Struktur der Bürger:innen-Versammlung:** Die eingeplanten zwei Sitzungstage waren an sich zu wenig. Mehr Zeit wäre notwendig gewesen, um die Vertiefung einzelner Themen weiterführen zu können. Allerdings zeigen die Rückmeldungen der Teilnehmenden auch, dass sorgfältig abgewogen werden muss, wie stark man einen solchen Anlass in der Zukunft verlängert, da es so noch schwieriger würde, genügend Teilnehmende zu rekrutieren. Auch bei der Strukturierung der Sitzungstage hat sich gezeigt, dass die einzelnen Blöcke eher kurz und mit regelmässigen Pausen geplant werden müssen, da sich ansonsten relativ rasch Ermüdungserscheinungen bei den Teilnehmenden zeigen.
- **Bereitgestelltes Informationsmaterial:** Die Teilnehmenden haben eher in geringem Umfang vorbereitendes Informationsmaterial erhalten. Insofern ist es erstaunlich, dass nur eine kleine Minderheit sich vorgängig mehr Informationsmaterial zur besseren Vorbereitung gewünscht hat. Noch geringer war der Anteil derer, die sogar die ausgeteilten Materialien schon als zu viel empfanden, während sich eine deutliche Mehrheit mit dem (geringen) Umfang zufrieden zeigte.
- **Qualität der Debatten:** Grundsätzlich wurden die Debatten sehr zivilisiert, zielgerichtet und konstruktiv geführt. Auch konnten alle sich in genügendem Masse äussern und einbringen. Allerdings hat sich gezeigt, dass die Arbeit in kleinen Gruppen (4-6 Personen) deutlich besser

beurteilt wird als in grösseren Gruppen (8-10 Personen) oder gar im Plenum. Zudem war die Moderation wohl in einigen Fällen zu zurückhaltend und hätte strenger auf thematische Abschweifungen reagieren sollen.

Als Gesamtfazit kann festgehalten werden, dass zum einen bei der Rekrutierung der Teilnehmenden darauf geachtet werden sollte, dass initial eine grosse Anzahl Personen eingeladen wird, sodass Spielraum für die Anwendung eines zweistufiges Rekrutierungsverfahren besteht. Will man z.B. eine Bürger:innen-Versammlung mit 40 Teilnehmenden durchführen, sollte das Ziel sein, einen Pool von 80-100 interessierten Personen zu generieren, aus dem dann die 40 tatsächlich teilnehmenden Personen gezielt ausgewählt werden können. Dadurch könnte eine bessere Repräsentativität der Versammlung gewährleistet werden, als dies im vorliegenden Fall möglich war. Dies würde bedeuten, dass man bei einer Teilnahmequote von allenfalls 1-2% ca. 5-10'000 Personen einladen müsste, um über einen ausreichenden Pool von grundsätzlich interessierten Personen zu verfügen.

Inwiefern sich umfassendere und längere Bürger:innen-Versammlungen in der Schweiz durchführen lassen, ist anhand der Erfahrungen aus diesem Projekt schwer zu beurteilen. Die oben aufgeführten Aspekte, dass trotz einer (eher geringen) Entschädigung zwei Sitzungstage für viele Personen schon eine Obergrenze darstellen und dass man auch bezüglich des Umfangs des im Vorfeld zugestellten Informationsmaterials sehr vorsichtig sein sollte, stellen Indikatoren dafür dar, dass es eher schwierig sein würde, in der Schweiz eine Versammlung mit 20 Sitzungstagen während bis zu 18 Monaten durchzuführen, wie das im Ausland teilweise gemacht wird. Andererseits ist es sehr gut möglich, dass die Motivation zur Teilnahme sowie die Bereitschaft, Zeit und Arbeit zu investieren, deutlich zunimmt, wenn es sich nicht um ein wissenschaftliches Experiment, sondern um eine Versammlung handeln würde, die von der Politik einen konkreten Auftrag erhalten hat und deren Empfehlungen auch eine gewisse Verbindlichkeit haben würden.

Schliesslich zeigt die Tatsache, dass sich die Bürger:innen-Versammlung klar dafür ausgesprochen hat, solche partizipativen Instrumente in Basel auf Probe einzuführen, dass es sich aus der Sicht derjenigen, die am Anlass teilgenommen haben, um einen Ansatz handelt, der eine Bereicherung für die Schweizer Demokratie darstellen könnte. Darauf deutet auch hin, dass am Anlass auch eine Reihe von Personen sehr rege und mit wertvollen Inputs teilgenommen hat, die keine Schweizer Staatsbürgerschaft besitzt. Bürger:innen-Versammlungen könnten somit auch für die Teilhabe von ansonsten von der politischen Entscheidungsfindung ausgeschlossenen Gruppen gute Dienste leisten.

6 Literaturverzeichnis

- Fivaz, Jan, Annique Lombard und Daniel Schwarz (2024). *Panel Citoyen: Evaluation von Bürger:innen-generierten Abstimmungsargumentarien*. Bern: Berner Fachhochschule BFH. <https://demokratielabor.ch/de/blog/panel-citoyen-abschlussbericht>
- Nord, Marina, Martin Lundstedt, David Altman, Fabio Angiolillo, Cecilia Borella, Tiago Fernandes, Lisa Gastaldi, Ana Good God, Natalia Natsika und Staffan I. Lindberg (2024). *Democracy Report 2024: Democracy Winning and Losing at the Ballot*. Göteborg: University of Gothenburg: V-Dem Institute.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2020). *Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions Catching the Deliberative Wave*. Paris: OECD Publishing.
- Schwarz, Daniel und Jan Fivaz (2023). *Fuzzy Voting: Akzeptanz und Auswirkungen eines skalenbasierten Abstimmungsverfahrens. Ergebnisse einer empirischen Befragung im Rahmen des «Demokratie Labor Basel»*. Bern: Berner Fachhochschule BFH. <https://demokratielabor.ch/de/blog/fuzzy-voting-abschlussbericht>
- Wäspi, Flurina, Jan Fivaz und Daniel Schwarz (2023). *Ständige deliberative Bürgerräte: Ein Demokratie-Update für die Schweiz? Literaturübersicht, internationale Anwendungen und Umsetzungsmöglichkeiten in der Schweiz*. Bern: Berner Fachhochschule BFH. <https://demokratielabor.ch/de/blog/ergebnisse-buergerraete>